



Familie Grübel in der DDR 1971
„Zentimeter um Zentimeter abplacken . . .

Kommentars des Ost-Berliner Justizministeriums gilt für diesen Bereich:

„Das Kind soll in seinen neuen Lebens- und Erziehungsverhältnissen fest verwurzelt werden, wofür — insbesondere bei jüngeren Kindern — die Annahme an Kindes Statt die besten Voraussetzungen bietet“, wenn nötig auch, wie in Westdeutschland, ohne Einwilligung der leiblichen Eltern.

Mit der „Annahme an Kindes Statt“ erlöschen, ebenfalls wie in der Bundesrepublik ab 1977, alle Rechte und Pflichten der leiblichen Eltern. In der Jugendhilfeverordnung ist festgelegt, daß die Behörden Dritten gegenüber keine Auskünfte erteilen dürfen. Nach Paragraph 8 unterliegen die an der Adoption beteiligten Stellen der Schweigepflicht.

So gesehen, handelte das DDR-Außenministerium nicht mehr als korrekt, als es das Ersuchen des SPIEGEL um Auskunft in Sachen Grübel-Adoption ausschlug**. Unerfindlich bleibt jedoch — abgesehen davon, daß solche politischen Adoptionspraktiken mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht ver-

* Am West-Berliner Übergabe-Ort in der Nähe des Grenzkontrollpunktes Invalidenstraße, zwei Monate nach der Rückkehr.

** Anfrage des SPIEGEL-Korrespondenten an das DDR-Außenministerium:

Dem SPIEGEL liegen Informationen vor, daß die beiden Grübel-Kinder Ota und Jeannette von dem Ehepaar Ulrich und Anneliese Klewin . . . adoptiert worden sind. Der SPIEGEL möchte über den Fall berichten. Ich bitte daher die zuständigen Behörden um Stellungnahme.

Den SPIEGEL interessiert vor allem die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was sind die Rechtsgrundlagen dieser Entscheidung?
2. Wann und auf wessen Antrag wurden die beiden Kinder adoptiert?
3. Welche rechtlichen und anderen Umstände stehen einer Zusammenführung mit den leiblichen Eltern entgegen?

einbar wären —, wie so die DDR durch ihre Mittelsleute erst die Rückgabe der Kinder signalisiert, dann wieder davon abrückt und warum die Bundesregierung den Fall auf sich beruhen läßt.

Im Ministerium von Egon Franke, der gerne darauf hinweist, daß „wir uns Zentimeter um Zentimeter für ein Mehr an Menschlichkeit abplacken“, geht man auf den Fall Grübel vornehmlich mit Bemerkungen darüber ein, daß „die Bundesregierung Veröffentlichungen in dieser Sache noch nie für richtig gehalten“ habe. „Wenn das öffentlich behandelt wird, geht die Sache schief.“

Womöglich ist die Sache längst schiefgelaufen, weil sie nicht rechtzeitig öffentlich behandelt wurde. Im Oktober kursierte unter Hamburger SPD-Leuten Nachricht, wie Frankes Staatssekretär Karl Herold den Fall einschätzt: Die Grübel-Kinder seien in der DDR adoptiert, es gehe ihnen nach Aussage der DDR sehr gut, und die DDR beabsichtige nicht, die Kinder ihren leiblichen Eltern zurückzugeben.

**Zurückgegebenes Mubarak-Kind André (I.), Mutter*
... um mehr Menschlichkeit“**



ATOMENERGIE

Zu viele Fragen

In Bonn herrscht Unsicherheit, wie Energiebedarf und Atomfurcht auf einen Nenner gebracht werden sollen. Bürgerunmut hat das Regierungskonzept durcheinandergebracht.

Wirtschaftsminister Hans Friderichs verlor die Fassung. Als die Delegierten seines rheinland-pfälzischen Landesverbandes auf dem FDP-Bundesparteitag am vorletzten Wochenende einem Antrag zustimmten, der einen befristeten Baustopp für Kernkraftwerke fordert, zeigte er seinen Parteifreunden einen Vogel: „Die können doch beschließen, was sie wollen.“

Das taten die Freidemokraten denn auch. Mit Mehrheit verabschiedeten sie eine Widerstands-Resolution gegen das Energieprogramm ihres stellvertretenden Vorsitzenden: Vor dem Bau oder der Inbetriebnahme neuer Atommeiler sollten erst die „Probleme der Lagerung und Wiederaufbereitung von radioaktivem Abfall“ gelöst werden.

Doch Friderichs bekümmerten weder das Parteitagsvotum noch die Sorgen der Bevölkerung, die sich in Bürgeraktionen gegen die Atombauustellen Wuhl und Brokdorf Luft machten. Unbeeindruckt ließ der Minister von seinen Beamten eine 21seitige „vorbereitende Aufzeichnung zum Teil „Energiepolitik der Regierungserklärung““ anfertigen und übermittelte Kanzler Helmut Schmidt damit Argumentationshilfen für den weiteren

Atom-Ausbau. Kernsatz: Es gebe „keine realistische Alternative“ zum Atomstrom.

Die beunruhigten Bürger werden in dem Papier militärisch knapp zu Revoluzzern und uneinsichtigen Wohlstandsgegnern erklärt: „Kernenergie ist das strategische Objekt, an dem der Widerstand die weitere industrielle Entwicklung am wirksamsten behindern zu können glaubt.“ Die Folgen malt der Minister schwarz: „Fehlende elektrische Energie würde zum limitierenden Faktor für das Wirtschaftswachstum mit Konsequenzen für Beschäftigung und soziale Sicherheit.“

Friderichs empfiehlt dem Kanzler für dessen Regierungserklärung, die „Planungsvorstellungen der Wirt-

schaft“ zur Leitlinie der sozialliberalen Energiepolitik zu machen. Zwar rät er nun, anstelle der ursprünglich für 1985 geplanten 45 000 Megawatt fast 10 000 Megawatt Atomstrom weniger zu produzieren, was der Leistung von acht großen Meilern entspricht. Doch tat er diesen Verzicht nicht etwa aus Rücksicht auf die vielen noch ungelösten Probleme der neuen Energieform, sondern weil die Industrie selbst nach der Rezession ihre übertriebenen Wachstumswünsche reduziert hat.

Nicht minder wirtschaftskonform verhält sich Friderichs in der Preisfrage. Er übernimmt für sein Kanzler-Papier die Propagandabehauptung der Atomlobby, Atomstrom sei schon deshalb der beste, weil er um ein Drittel billiger sei als Kohle-Elektrizität. Der Minister rechnet vor, daß eine Kilo-

zu einer Kostensteigerung um 50 Prozent führen kann.

Mithin: Eine ehrliche Rechnung, die alle diese Faktoren einbezüge, käme zu dem Ergebnis, daß Kernenergie mindestens ebenso teuer ist wie Strom aus Steinkohle.

Mit seiner Denkschrift für den Kanzler beweist Friderichs, daß er die politische Brisanz des Atomthemas nicht wahrhaben will. Er möchte weiter so verfahren wie in der Vergangenheit, als die Verwaltung den Wünschen der Industrie prompt entsprach und bei Konflikten um Standortfragen die Polizei zu Hilfe rief.

Seit Brokdorf aber funktioniert das anonyme Zusammenspiel zwischen Bürokratie und Energie-Unternehmen nicht mehr. Die betroffenen Bürger wollen mitreden, und die Regierungsparteien sind noch unschlüssig, wie sie auf dieses neue Phänomen reagieren sollen.

Nicht nur in der FDP gibt es Differenzen. Auch die Sozialdemokraten wissen nicht, was nun werden soll. Denn einerseits fordern Gewerkschaften und die Arbeiter in der Atomindustrie — so bei der Kraftwerk Union (KWU) in Mülheim — sichere Arbeitsplätze und garantiertes Wachstum; zum anderen kann die SPD sich dem Verlangen der Bürger nach mehr demokratischer Teilhabe und mehr Umweltschutz nicht verweigern.

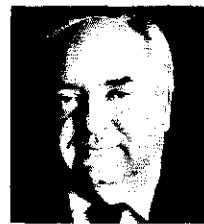
Entsprechend zwiespältig fielen die öffentlichen Reaktionen der Genossen auf die Brokdorfer Ereignisse aus. Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Friedhelm Farthmann forderte in der Gewißheit, daß die Mehrheit der Bevölkerung für mehr Wirtschaftswachstum und gesicherte Energie votieren würde, eine Volksbefragung und damit die Entmachtung der Parlamente.

Sein eigenes Kabinett macht es umgekehrt: Die Düsseldorfer SPD-Regierung des Heinz Kühn stellte erstmals 13 mögliche Kernkraftwerks-Standorte zur öffentlichen Diskussion und will darüber, neu in der Parlamentsgeschichte, den Landtag befinden lassen.

Die oppositionelle schleswig-holsteinische SPD wiederum verlangte einen zeitlich befristeten Aufschub aller Entscheidungen. Im sozialdemokratischen Parteivorstand aber kanzelte Helmut Schmidt den Schleswig-Holsteiner Jochen Steffen ab, als der einen Baustopp forderte: „Dieser Stimmung dürfen wir uns nicht anpassen.“

Zunächst einmal wollen die Sozialdemokraten, obschon die Zeit drängt, in aller Ruhe diskutieren. Sie beriefen vorige Woche eine Arbeitsgruppe, die „in Kürze einen Leitfaden für die Diskussion vorlegen“ soll. Auch vom Bundeskabinett sind vorerst eindeutige Richtlinien nicht zu erwarten — die

Jetzt neu:



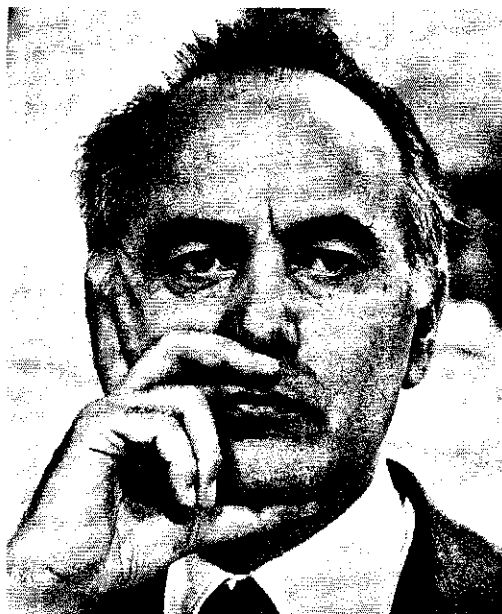
Wolfgang Schröder
Fernseh-
Wirtschaftsjournalist:
„Seit mehr als
10 Jahren ist der
Fischer Weltalmanach
eine unentbehrliche
Arbeitshilfe für meine
Redaktionsarbeit.“



Der Fischer
Weltalmanach '77 Herausgege-
ben von Prof. Dr. Gustav Fochler-Hauke
Die Staaten der Erde. Bevölkerung, Regierung
und Parteien, Wirtschaft, Weltchronik.
Aktuelles der letzten zwölf Monate. Welt-
wirtschaft und -handel. Biographien bedeu-
tender Politiker. Internationale Zusammen-
schlüsse. Jahrestage. Verstorbene Persönlich-
keiten. Daten aus dem Kulturgeschehen.
Mit den Ergebnissen der Bundestagswahl
im Oktober 1976.

Jetzt im Taschenbuch-Großformat! DM 8,80

FISCHER 
TASCHENBÜCHER



Atom-Propagandist Friderichs
Strom-Rechnung für den Kanzler

wattstunde Atomstrom vier Pfennig, Kohlestrom dagegen 6,5 Pfennig koste.

Dabei unterschlägt der Freidemokrat, daß

- ▷ die Energieversorgungsunternehmen die in die Milliarden gehenden Kosten für Bau und Betrieb der geplanten Atommülldeponie auf die Stromverbraucher abwälzen müssen,
- ▷ schon bei kleinen Reparaturen die Atommeiler monatelang außer Betrieb sind — wie schon Biblis, Würzgasen und Gundremmingen,
- ▷ die Verbraucher auch für die Stilllegung und Überwachung stillgelegter Reaktoren aufkommen müssen, wie im bayrischen Niederaichbach,
- ▷ eine Verlängerung der Bauzeit um sechs Jahre, von Bürgeraktionen oder Gerichtsurteilen erzwungen,

Koalitionsverhandlungen für die nächste Legislaturperiode gehen vor.

So bleiben weiterhin zu viele Fragen um den Ausbau der Kernenergie offen, vor allem aber die, ob der Kabinettsbeschluß vom Juni dieses Jahres, wonach Betriebsgenehmigungen für Reaktoren nur erteilt werden, wenn die Beseitigung des dort produzierten atomaren Mülls „gesichert“ ist, auch für jene sechs Kraftwerke gilt, die derzeit gebaut werden.

Keiner der Bonner Politiker kann bisher definieren, was denn das Wort „gesichert“ heißen soll: Genügt es, daß ein Standort für die geplante Atom-mülldeponie gefunden wird; genügt es, daß die Atomindustrie bis zur Fertigstellung dieser Anlage den gefährlichen Abfall wie bisher ins Ausland schafft oder provisorisch in Salzstöcken verstaubt; oder muß das komplizierte Milliardenprojekt, das bisher nur im Modell existiert, schon in Betrieb sein, ehe die Reaktoren arbeiten?

Für welche Definition auch immer sich die Bonner Regierenden entscheiden werden — seit letzter Woche müssen sich die für Entsorgung Zuständigen mit einem neuen Problem herumschlagen. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht zog seine erst 14 Tage alte Zusage zurück, in seinem Land „unverzüglich“ einen Standort für die Müllanlage zu benennen.

Aus Furcht vor Bürgerprotesten und besorgt darüber, er könne an der Kern-

kraft ähnlich Schaden nehmen wie sein Kieler Parteifreund Gerhard Stoltenberg, schlug der Christdemokrat dem Kanzler brieflich vor, den Müll statt nach Niedersachsen lieber in die USA zu transportieren.

PARLAMENTE

Strenger Ton

Bedienstete des Landes Nordrhein-Westfalen dürfen als gewählte Ratsherren nicht über staatliche Projekte in den Kommunen abstimmen. Diese bislang kaum beachtete Vorschrift lichtet plötzlich die Parlamentsreihen.

Im Stadtparlament der alten Westfalen-Stadt Münster stand die Abstimmung über zwei der wichtigsten Bauvorhaben der Nachkriegszeit an, eins umstrittener als das andere. Als die Vorlagen zur Beschlußfassung aufgerufen wurden, erhoben sich prompt 24 Ratsherren von CDU, SPD, FDP und verließen den Saal.

Um mehr als ein Drittel seiner 67 Mitglieder geschwächt, beschloß das Plenum mit immer noch ausreichender CDU-Mehrheit den Bau eines monströsen Justizzentrums mitten in der Stadt, der sieben Jahre lang umkämpft gewesen war. Auch ein Neubau für die Polizeiführungsakademie im Vorort Hiltrup, um den es allerdings weniger Aufregung gegeben hatte, ging im Rumpfparlament glatt durch.

Nicht etwa um eine Protestaktion handelte es sich beim Auszug der zwei Dutzend Stadtverordneten — wiewohl gegen den geplanten Justizkoloss im Stadtzentrum, wie ein Stadtsprecher meint, „fast alle Bürger“ in Opposition stehen: Dem künftigen Hochhaus-Komplex mit neuer Straßenführung und Parkflächen am Hindenburgplatz nahe der Altstadt müssen das alte Landgericht, Baudenkmal aus dem Jahre 1875, und das klassizistische Amtsgericht weichen, zwei prägende Bauten, die Bomben- und Brandschäden überstanden hatten.

Vielmehr saß die abgewanderte Ratsherrenrunde flachsend bei Bier und Korn im Amtszimmer des Oberbürgermeisters beisammen. Denn was sich wie Auflehnung ausnahm, war Gehorsam: Regierungspräsident und Landesinnenminister hatten alle Landesbediensteten im Münsteraner Rat — Beamte und Angestellte, Lehrer wie Richter — aufgefordert, von der Abstimmung Abstand zu nehmen.

Der amtliche Abstinenzbescheid markiert eine der heikel-

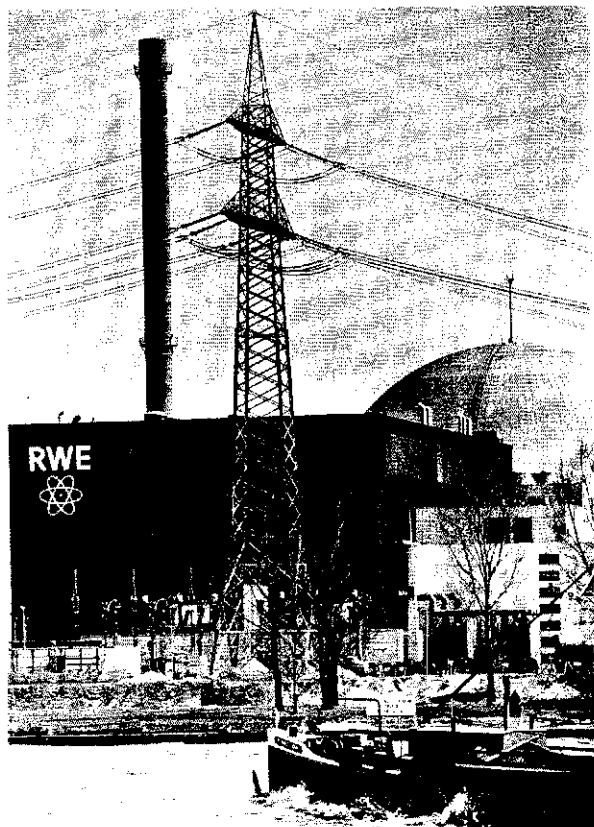


NRW-Regierungspräsident Möcklinghoff
Ausschluß für Befangene

sten Konfliktlinien im politischen Leben, die im Meinungsstreit der Parteien meist ausgespart bleiben und nur in Einzelfällen, etwa bei Skandalen mit materiellem Hintergrund, Schlagzeilen machen: die Interessenkollision von Amt oder Beruf mit dem Mandat. Wo sie offen zutage liegt und rechtlich faßbar ist, hat der Gesetzgeber sie mehr oder weniger unnachlässig als Unvereinbarkeit auf allen politischen Ebenen dekretiert: Kein Bauunternehmer, der als Ratsherr bei der Vergabe von Bauaufträgen durch das Parlament mitstimmen darf, kein Angehöriger des öffentlichen Dienstes, der bei Übernahme eines Bundestagsmandats nicht beurlaubt würde.

So schreibt die Gemeindeordnung (GO) von Nordrhein-Westfalen als „Ausschließungsgründe“ vor, kein Ratsmitglied dürfe beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst oder seinen Verwandten einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen könnte. Doch viel weniger Aufhebens im Lande machte man bislang vom Ausschlußgebot, „wenn der Betreffende ... bei einer natürlichen Person, juristischen Person oder Vereinigung, die an der Erledigung der Angelegenheit ein persönliches oder wirtschaftliches Interesse hat, gegen Entgelt beschäftigt ist oder bei ihr als Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs tätig ist“.

Jahrzehntelang teils lasch oder auch gar nicht praktiziert, rückte diese Kommunal Klausel immer mehr in den Blickpunkt, seit sie durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster bestätigt und vertieft wurde. „Entscheidet der Rat“, hieß es darin nämlich mit strengem Unterton, daß ein Ratsherr „mitwirken kann, obwohl ein Fall des Interessen-Widerstreits vor-



Atomkraftwerk Biblis
Kostenfaktor Reparatur